

Mehr Markt für die Schulen : ein Tagungskommentar

Autor(en): **Moser, Heinz**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **80 (1993)**

Heft 12: **Lehrplanentwicklung ; Deregulierung des Bildungswesens**

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-532603>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Mehr Markt für die Schulen

Ein Tagungskommentar

Am 27. Oktober 1993 fand in Basel eine Tagung mit dem Titel «Liberalisierung des Bildungswesens» statt. Heinz Moser nimmt hier kritisch Stellung. Die «schweizer schule» wird das Thema ausführlich im Heft 5/94 aufgreifen. Meinungsäusserungen dazu sind willkommen.

Es ist kein Zufall, dass die Tagung über die «Liberalisierung des Bildungswesens» vom Wirtschaftswissenschaftlichen Zentrum der Universität Basel (WWZ) organisiert wurde. Nachdem die Schulreformdebatten der Pädagogik in den letzten Jahrzehnten kaum mehr spektakuläre neue Ideen hervorbrachten, beanspruchen nun die Ökonomen die Meinungsführerschaft – unter dem griffigen Motto «mehr Schule für weniger Geld». Das anspruchsvolle Ziel: Bei einer ökonomischen Bildungsreform gehe es darum, die generellen Bildungsziele, wie sie bildungspolitisch vorgegeben sind, mit einem Minimum knapper Ressourcen bestmöglich zu erreichen. Die Hauptthese, die dazu von Manfred Winz und Thomas Straubhaar* vertreten wurde: Das Bildungswesen müsse nach privatwirtschaftlichen Prinzipien umgestaltet werden; denn wirtschaftliche Effizienz erfordere ein freies Bildungsangebot. Damit greift die allgemeine Debatte um gesellschaftliche Deregulierung nun auch mit Macht auf die Bildungsproblematik über.

Nachdem die Schulreformdebatten kaum mehr spektakuläre neue Ideen hervorbrachten, beanspruchen nun die Ökonomen die Meinungsführerschaft.

Die Thesen von Bildungsökonomien

Radikal die Thesen der Protagonisten Winz und Straubhaar: Das Bildungswesen stelle einen gesellschaftlichen Bereich dar, wo keine Sanktionen für leistungsunfähige Bildungsanbieter bestünden; es seien keine Konkurrenze möglich. Zudem fehle es im Bildungsbereich an Konkurrenz um knappe Ressourcen, da der Staat über Subventionen einfach Geld nachschiesse. Der Wettbewerb finde um knappe öffentliche Mittel statt – anstatt im Rahmen eines wettbewerbsfähigen Bildungsangebots. Dies benachteilige jene (Schüler und Eltern) –, welche Bildung nachfragen. Diese würden entmündigt und ihrer Konsument(-innen)souveränität beraubt.

Für ein zukünftiges Bildungswesen erfordere der Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Effizienz die Aufhebung des staatlichen Bildungsmonopols, das den demokratischen Grundwerten des Meinungs- und Ideenpluralismus widerspreche. Es entstünde dadurch ein Bildungsmarkt mit vielen privaten Anbietern, unter denen die Eltern dann auswählen könnten – analog dazu wie sie als Konsumenten ja auch selbst darüber entscheiden, welche Schokolade sie von welcher Firma kaufen.

Hauptthese: Wirtschaftliche Effizienz fordert die Aufhebung des staatlichen Bildungsmonopols.

* Vgl. Th. Straubhaar, M. Winz, Reform des Bildungswesens, Bern 1992.

Einschränkend erfordere das Kriterium der sozialen Gerechtigkeit indessen durchaus auch Eingriffe in die Bildungsnachfrage, um Ungleichgewichte auszugleichen. Dabei sei der Hebel allerdings bei den Menschen anzusetzen, die man unterstütze und nicht bei den Institutionen. Konkret denken die Referenten Manfred Winz und Thomas Straubhaar an ein Modell von Bildungsgutscheinen (vouchers), welche die Schüler (bzw. ihre Eltern) gezielt und nach eigener Wahl bei staatlich konzessionierten Privatschulen einlösen könnten (Staatsschulen gäbe es keine mehr). Vor allem im tertiären Bereich müssten zudem jene wirtschaftlich Schwächeren unterstützt werden, die zu einer Ausbildung befähigt seien, dazu aber nicht über genügend Mittel verfügen.

Diese Thesen wurden von den Referenten plakativ und mit oft polemischer Härte vertreten. Da war es schade, dass Jürgen Oelkers in seinem Referat sehr stichwortartig blieb und (zu) vieles nur andeutete. Präziser und konkreter waren die Ausführungen von Fritz Osterwalder, der Erfahrungen mit marktorientierten Bildungssystemen – vor allem am Beispiel von Holland und in den USA – referierte. Und besonders freute sich natürlich der Vertreter der Privatschulen darüber, dass mit dieser Tagung Wasser auf seine Mühlen floss.

Das Beispiel Kalifornien, wo das Volk in einer Abstimmung den «Voucher Plan» wuchtig verwarf, spricht nicht für einen Durchbruch der Deregulierung.

Insgesamt machte die Tagung – trotz des forschen Auftretens der Befürworter – den Eindruck, dass es die Vertreter einer konsequenten Deregulierung nicht leicht haben werden. Einmal spricht die politische Konjunktur eher gegen sie – mindestens was die amerikanischen Verhältnisse betrifft. Das von ihnen noch hochgelobte Beispiel des amerikanischen Bundesstaates Kalifornien, wo kaum eine Woche nach der Tagung über ein System von Bildungsgutscheinen abgestimmt wurde, belegt jedenfalls kaum einen nahenden politischen Durchbruch solcher Thesen. Mit überwältigender Mehrheit wurde der «Voucher Plan» von der kalifornischen Bevölkerung abgelehnt. Offensichtlich sind auch in den USA die grossen Tage der Reaganomics vorbei...

Die Liberalen im Dilemma: Einst Gründer der öffentlichen Staatsschule, heute Verfechter des Marktmodells?

Dazu kommt für die Schweiz eine historische Problematik, die von verschiedenen Tagungsreferenten aufgegriffen wurde: War es doch in unserem Lande gerade der traditionell liberal orientierte Freisinn, welcher im 19. Jahrhundert – gegen klerikal gebundene Kräfte – die laizistische öffentliche Schule durchsetzte. Folgerichtig war dies damals auch vom Interessensgesichtspunkt der Industrie; schliesslich setzte der ökonomische Einsatz von Arbeitskräften eine gewisse allgemeine Grundbildung voraus – Kosten, die man gerne der öffentlichen Hand überliess. Generell ergibt sich damit für die Verfechter des Marktmodells ein Dilemma: Müssen sie doch heute die öffentliche Staatsschule als Errungenschaft des Liberalismus im 19. Jahrhundert in Zweifel ziehen. Damit aber verlieren sie schnell die Unterstützung von Kreisen, die in anderen gesellschaftlichen Bereichen schnell geneigt sind, deregulative Postulate zu unterstützen.

Vorbehalte gegen eine Deregulierung des Bildungssystems

Aber es gibt auch – abgesehen von ideologischen Grabenkämpfen – einige Bedenken, mit denen die Verfechter einer Deregulierung des Bildungssystems zu konfrontieren sind:

■ Einmal wird von den Befürwortern damit argumentiert, dass die Nachfragenden (Eltern und Schüler) im Bildungswesen kaum Wahlmöglichkeiten hätten. Sogar beim einfachsten Klassenwechsel hätten Eltern oft grösste Schwierigkeiten, um ihn gegen bürokratische Bedenken und Regelungen zu erreichen. Das mag wohl richtig sein. Ein auf freier Wahl von Bildungsangeboten beruhendes System setzt aber Eltern voraus, welche bildungsmässig rational handeln – also für ihre Kinder die bestmögliche Ausbildung zu erreichen suchen. Unter solchen Bedingungen dürfte ein Modell von Bildungsgutscheinen funktionieren. Nur ist kaum davon auszugehen, dass dies auf alle Eltern zutrifft. Viele wären überfordert und sind zufrieden, wenn ihnen solche oft komplexen pädagogischen Fragen vom öffentlichen Schulsystem abgenommen werden. Ihre Entscheide für den Einsatz von Bildungsgutscheinen wären mit höchster Wahrscheinlichkeit von ganz anderen als pädagogischen Überlegungen abhängig.

■ In diesem Zusammenhang muss man sich zudem fragen, ob die Motive der zukünftigen Anbieter nur von hehren pädagogischen Idealen geprägt wären. Es scheint mir ein Mythos zu sein, dass mehr Markt automatisch mehr Qualität im Bildungswesen erzeugt, und es die besten Bildungsinstitutionen sind, welche in der Konkurrenz der Marktanbieter obenaus schwingen. Das Schulsystem könnte nämlich auch zum Spielball ideologisch-religiös motivierter Interessen avancieren, etwa indem sich Gruppierungen wie Scientology oder der Zürcher VPM in diesem neuen Markt breit zu machen suchten. Das belegt im übrigen auch die Auseinandersetzung in Kalifornien, wo das «Voucher»-Modell gemäss der renommierten Zeitschrift «Economist» (9. Oktober 1993) stark von fundamentalistischen religiösen Kreisen befürwortet wurde. Man sehe hier, so die Zeitschrift, Vouchers und Schulwahl als ein Mittel, um die Bedürfnisse nach Schulgebeten und biblischem Gedankengut im Schulcurriculum durchzusetzen.

■ Jürgen Oelkers nannte in seinem Referat eine Tendenz der Individualisierung, welche die heutige Schule herausfordere. Ist es indessen richtig, dass partikulare Interessen sich in der Gesellschaft eher verstärken, so wäre zu überlegen, ob es nicht gerade unter diesen Bedingungen notwendig ist, ein Grundprogramm kultureller Gemeinsamkeiten, das sich auf die Identität der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Gemeinwesen bezieht, aufrechtzuerhalten. Schon im 19. Jahrhundert diente die Volksschule dazu, dem liberalen Bundesstaat von 1848 über die Sozialisation seiner heranwachsenden Bürger eine Identität zu verschaffen. Möglicherweise können wir auch heute – auf dem Hintergrund der Pluralisierung von Lebenswelten – auf analoge identitätsstiftende Funktionen des Bildungssystems nicht verzichten.

Dennoch wäre es kurzfristig, die Diskussion um mehr Markt in der Schule in allen Aspekten zurückzuweisen. Auch die Ablehnung der

Viele Eltern wären vom Bildungsgutscheinmodell überfordert; sie überlassen komplexe pädagogische Fragen lieber einem öffentlichen Schulsystem.

Können wir auf die identitätsstiftenden Funktionen des Bildungssystems verzichten?

kalifornischen Initiative hat nämlich seine widersprüchliche Seite. So hat fast gleichzeitig eine Umfrage der Stanford University ergeben, dass gemäss «Economist» 87 Prozent der befragten Kalifornier mit den öffentlichen Schulen sehr unzufrieden sind, 61 Prozent eine grundsätzliche Umwandlung des Systems wünschen und 63 Prozent durchaus ein System von Bildungsgutscheinen befürworten. Auch in der Schweiz könnte man sich fragen, ob der Spielraum der einzelnen Schulen heute nicht zu klein ist, um eigene pädagogische Programme zu formulieren. Und es wäre auch auf jene bornierte Kleinlichkeit der Schulbürokratie zu verweisen, die oft spätestens dann ersichtlich wird, wenn Eltern ihr Kind in Schulhaus B anstatt A schicken wollen. Hier wäre zu überlegen, ob mehr Wahlfreiheit nicht ein positives Ziel wäre.

Mehr Autonomie für Eltern und die einzelne Schule

«Deregulierung» – also ein «Weniger» an engen bürokratischen und einschränkenden Regelungen – erscheint jedenfalls an sich auch in der bildungspolitischen Diskussion kein Tabu mehr darzustellen. Zudem würden es viele Eltern auch begrüßen, wenn sie z. B. zwischen einer mehr musisch orientierten, einer mehr sportbezogenen und einer mehr anthroposophisch ausgerichteten Schule wählen könnten – anstatt einem Schulhaus einfach zugeteilt zu werden. Allerdings wird dies den Staat nicht zum Nachwächterstaat reduzieren. Die Diskussion um mehr Schul-Autonomie kann durchaus auf dem Hintergrund der Staatsschule erfolgen – indem die einzelnen Schulen vermehrte Kompetenzen bei curricularen Fragen und Fragen einer «Schulphilosophie» erhielten.

Das Bildungsmonopol der Schule ist nicht mehr unbestritten. Medien und Freizeitindustrie bieten auch Lernangebote!

Daneben wird sich die Schule aber auch mehr und mehr darauf zu besinnen haben, dass ihr Bildungsmonopol generell nicht mehr unbestritten ist. Medien wie Fernsehen und Computer vermitteln Erfahrungen und Wissen, das man früher erst im Unterricht kennenlernte, und die Freizeitindustrie bietet auch immer mehr zusätzliche Lernangebote an, welche Kinder und Jugendliche abseits der Schule zum Lernen animieren. Immer mehr Kinder sprechen heute z. B. schon hochdeutsch, wenn sie in die Schule kommen, sie besuchen Kurse in Musik, Ausdruckstanz, gehen neben der Schule noch ins Englisch etc. Möglicherweise wird denn auch die Schule der Zukunft eine neue – vielleicht auch bescheidenere – Funktion erhalten. Im Zentrum wird mehr die Systematisierung und Differenzierung des ausserschulisch Gelernten stehen als die Ueberlegung, im Rahmen einer Monopolstellung der heranwachsenden Generation die Grundlagen des Lebens und des dazu nötigen Wissens zu vermitteln. Wenn die Debatte um die Deregulierung des Bildungswesens dazu beiträgt, Aufgaben in Frage zu stellen, welche die Schule im Sinne eines liebgewonnenen Gewohnheitsrechts für sich beansprucht und dazu neue Wege der Bildungsorganisation in die Diskussion bringt, dann hat sie sicher einen wichtigen Zweck erfüllt.